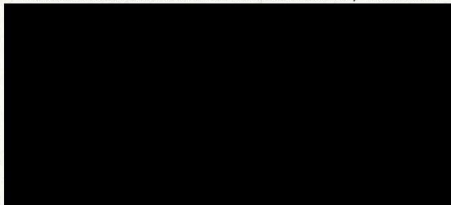




Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz


POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin



HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Sens
REFERAT IIIB2
TEL (+49 30) 18 580-0
AKTENZEICHEN IIIB2-7017II-35 264/2021

DATUM Berlin, 12. November 2021

Sehr geehrte(r) 

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 3. November 2021. Ihre Anfrage wird als Bürgeranfrage und nicht als Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz beantwortet, da Sie um eine rechtliche Auskunft gebeten hatten. Das Informationsfreiheitsgesetz hingegen gewährt einen hier nicht relevanten Anspruch auf Zugang zu in den Akten vorhandenen amtlichen Informationen.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist für den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zuständig. Es erfüllt diese Aufgabe in erster Linie durch Vorschläge gesetzlicher Regelungen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Einflussnahme auf Entscheidungen der Bundesnetzagentur gehören nicht dazu.

Da innerhalb der Bundesregierung das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) für energierechtliche Fragen federführend zuständig ist, kann von hier aus eine inhaltliche Stellungnahme zu Ihrer E-Mail leider nicht erfolgen. Von einer direkten Weitergabe Ihrer Anfrage habe ich aufgrund Ihres ausdrücklichen Widerspruchs der Weitergabe Ihrer Daten und im Hinblick auf die Regelungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) abgesehen. Ich möchte Sie daher bitten, sich gegebenenfalls direkt an das BMWi zu wenden. Dazu haben Sie folgende Kontaktmöglichkeiten:

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bürgerdialog, 11019 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 18 615 – 6187 / Telefax: +49 (0) 30 18 615 – 7010

E-Mail: buergerdialog@bmwi.bund.de

Homepage: <https://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Buergerdialog-Kontakt/buergerdalog-kontakt.html>

Dessen ungeachtet möchte ich Sie auf die Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE.) zur Schätzung der Energiepreise bei Abbruch des Projekts Nord Stream 2 hinweisen, die Sie der Bundestags-Drucksache 19/26440 entnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Das Bundesministerium der Justiz (BMJV) verarbeitet im Zusammenhang mit Eingaben und Anfragen ausschließlich solche Daten, die notwendig sind, um mit Ihnen zu kommunizieren und um das Verwaltungshandeln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) ordnungsgemäß zu dokumentieren. Hierzu gehören insbesondere jene personenbezogenen Informationen (u.a. Name, Vorname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Kontakt usw.), die das BMJV unmittelbar von Ihnen selbst erhalten hat. Die Verarbeitung der Daten ist zur Wahrnehmung unserer Aufgaben erforderlich (vgl. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes).

Weitere Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch das BMJV finden Sie auf unserer Internetseite unter www.bmjv.bund.de. Hier finden Sie u.a. auch nähere Erläuterungen zu Ihren Rechten sowie weiterführende Kontakt- bzw. Beschwerdemöglichkeiten.